

Ein Neuheimer hinterfragt den Geldsegen

In einer Interpellation ermuntert ein Kantonsrat die Regierung zum Widerstand. Er versteht dies nicht als puren Populismus.

NFA

Die NFA-Zahlungen lassen die Zuger Politik nicht los. Und weil offensichtlich der Bundesrat über Optimierungen zumindest nachdenkt, wittern bürgerliche Politiker wie der FDP-Kantonsrat **Thomas Lötscher** Morgenluft. «Dies wäre eine günstige Gelegenheit, neue Ansätze ins Spiel zu bringen, die dem Solidaritätsgedanken Rechnung tragen, aber auch klare Grenzen aufzeigen», begründet er mitunter seine Interpellation.

Der Kanton Zug habe die NFA im Grundsatz immer unterstützt und seine Solidarität mit strukturschwachen Kantonen und Regionen bekundet. Die Solidarität seitens der Nehmerkantone, die sich im Masshalten äussern würde, sei allerdings nicht ersichtlich, hält Lötscher fest. Unschön am heutigen System sei, «dass Kantone mit hervorragender Ausgangslage ohne Not mit übertriebenem Geldsegen überschüttet werden». Der Kanton Aargau verfüge zum Beispiel über hervorragende Rahmenbedingungen. Trotz dieser optimalen Voraussetzungen für einen wettbewerbsfähigen Standort werde der Aargau mit einem dreistelligen Millionenbetrag aus der NFA subventioniert. «Diese krass fehlgeleitete Umverteilung hat nichts mit freundeidgenössischer Solidarität zu tun, sondern drängt die Vermutung einer Taktik zur Mehrheitsbeschaffung in der Volksabstimmung auf», stellt Lötscher fest.

Zug ergreift die Initiative

Der Neuheimer Freisinnige schlägt nun vor, die mittelständischen Kantone oder Regionen aus dem Finanzausgleich auszuklammern. Dadurch müssten die Geberkantone weniger einzahlen, und die strukturschwachen Kantone oder Regionen bekämen möglicherweise sogar mehr Geld. Lötscher geht es darum, aufzuzeigen, dass Zug sehr wohl solidarisch sei, im Gegenzug aber auch eine effiziente Umsetzung erwarte. «Es gibt noch kein Menschenrecht auf Manna», sagt er.

Die mittelständischen Kantone müssten Farbe bekennen, ob es ihnen wirklich um Solidarität mit strukturschwachen Kantonen gehe oder nur um schnelles Geld ohne Gegenleistung für die eigene Kasse. Der Kanton Zug befreie sich selber aus der Opferrolle und ergreife mit einem konstruktiven Vorschlag die Initiative.

Betrag beschränken

Thomas Lötscher will nun vom Regierungsrat wissen, ob er sich vorstellen könne, einen solchen Vorschlag in die Diskussion auf Bundesebene einzubringen und Gespräche zu führen. Lötscher ist sich bewusst, dass bisher sowohl Bund wie Nehmerkantone auf stur schalteten, wenn Zug seine Anliegen vorbrachte.

Er verlangt vom Regierungsrat auch Auskunft, mit welchen Konsequenzen der Kanton rechnen müsse, wenn er ebenfalls auf stur schalte und seine Zahlungen auf 2000 Franken pro Kopf oder einen anderen Betrag limitieren würde. Und ob die Regierung allenfalls bereit wäre, die Obergrenze einseitig festzulegen und diese auch gegen einen allfälligen Widerstand von Bund und anderen Kantonen durchzusetzen?

Er wolle mit diesen Vorschlägen aufzeigen, so Thomas Lötscher, dass es dem Kanton Zug ernst sei und dieser die Zahlungen nicht aus der Portokasse leisten könne. «Der Föderalismus wird zu sehr strapaziert, und der Kanton Zug wird sich nach Kräften wehren.»

Freddy Trütsch